

Antrag 32/II/2023

Jusos Brandenburg

Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung

Schaffung einer Vermögensobergrenze zur Stärkung der Demokratie und für eine gerechtere Gesellschaft – Deutschland braucht keine Milliardäre

1 Die SPD-Brandenburg setzt sich
2 für die Einführung einer Vermö-
3 gensobergrenze von einer Milli-
4 arde Euro beim Privatvermögen
5 ein. Darüber hinaus wird die SPD-
6 geführte Bundes- und Landesre-
7 gierung aufgefordert, gesetzliche
8 Maßnahmen zur Umsetzung die-
9 ser Vermögensbegrenzung zu er-
10 greifen, um den maximal zulässi-
11 gen Betrag des Privatvermögens
12 einer einzigen Person zu begren-
13 zen.

14

15 Begründung

16 Die Schere zwischen Arm und
17 Reich in Deutschland zeigt ei-
18 ne erhebliche Ungleichheit bei
19 der Verteilung des Gesamtver-
20 mögens. Laut dem Deutschen
21 Institut für Wirtschaftsforschung
22 besitzen die reichsten 10% der
23 Bevölkerung etwa 67% des Ge-
24 samtvermögens. Noch besorg-
25 niserregender ist, dass das ver-
26 mögendste ein Prozent der Be-

Eine Vermögensobergrenze ist verfassungswidrig.

27 völkerung über ungefähr 35% des
28 Gesamtvermögens in Deutsch-
29 land verfügt.

30 Die unkontrollierte und stetig
31 wachsende Konzentration von
32 Geld- und Produktionsmitteln
33 in den Händen weniger stellt
34 eine große Herausforderung
35 dar, um die Probleme von Mil-
36 lionen von Menschen und ihrer
37 belasteten natürlichen Umwelt
38 effektiv und nachhaltig zu bewäl-
39 tigen. Die damit einhergehenden
40 Machtverhältnisse haben in der
41 Geschichte kontinuierlich eine
42 der größten Hindernisse für den
43 globalen Frieden, soziale Arbeits-
44 marktpolitik und die Beseitigung
45 der Armut dargestellt. Ohne eine
46 grundlegende Lösung dieser
47 Problematik werden jegliche
48 Maßnahmen zur Verbesserung
49 der Lebensbedingungen sowie
50 zur demokratischen Entwicklung
51 auf der ganzen Welt kaum nach-
52 haltig erfolgreich sein. Daher
53 stellt die Bewältigung dieser
54 Problematik auch für die heu-
55 tige Generation eine zentrale
56 historische Herausforderung
57 dar. Die Einnahmen aus dieser
58 zukünftigen Vermögensbegren-
59 zung sollen, angelehnt an die
60 Einkommenssteuer, dem Bund,

61 den Bundesländern und den
62 Gemeinden gemeinsam zugute-
63 kommen.

64 Um dieser Situation entge-
65 genzuwirken, schlagen wir die
66 Einführung einer Vermögens-
67 obergrenze vor, die das maximal
68 zulässige Privatvermögen einer
69 Person begrenzt. Dabei soll das
70 Unternehmensvermögen ausge-
71 nommen sein. Instrumente wie
72 die Enteignung von Vermögen,
73 die diese Obergrenze überschrei-
74 ten, sowie eine Erbschaftssteuer
75 oder eine progressive Einkom-
76 mensbesteuerung könnten in
77 Betracht gezogen werden, um
78 eine gerechtere Vermögensver-
79 teilung zu fördern.

80 Eine Lösung wäre beispielsweise
81 die Mehrheitsfähig-machung
82 einer Einkommensvollversteue-
83 rung durch eine Reform des
84 aktuellen Steuerkonzepts. Eine
85 Einkommensvollversteuerung
86 bezieht sich auf eine progressive
87 Besteuerung, bei der der Steuer-
88 satz mit steigendem Einkommen
89 ansteigt. Derzeit gibt es oft eine
90 Obergrenze, ab der der Steuer-
91 satz nicht weiter erhöht wird,
92 selbst bei sehr hohen Einkom-
93 men. Eine solche Obergrenze
94 ließe sich leicht ändern, indem

95 der Einkommensteuersatz auch
96 bei sehr hohen Einkommen wei-
97 ter ansteigt. Eine solche Steuer
98 hätte den Effekt, den Vermö-
99 genszuwachs großer Vermögen
100 zu begrenzen und gleichzeitig die
101 Steuerlast gerechter zu verteilen.
102 Zusätzlich könnte eine solche
103 Steuer dazu beitragen, den
104 problematischen Luxuskonsum
105 einzuschränken, der oft auch
106 ökologisch bedenklich ist.